

Die geplante Novelle des Universitätsgesetzes sieht vor, dass Universitäten künftig allgemeine Zugangsbeschränkungen für Master- und Doktoratsstudien einführen können.

In Zukunft soll es dem Rektorat ermöglicht werden, Zulassungen zu einem Master- und Doktoratsstudium "vom Nachweis ausreichender Kenntnisse und besonderer Befähigung" abhängig zu machen. Bisher galt diese Regelung lediglich für Studiengänge in Fremdsprachen und soll nun auf deutschsprachige Studiengänge erweitert werden.

Diese Veränderung wertet nicht nur einen zuvor erworbenen Bachelor enorm ab, sondern ist zudem ein massiver Rückschritt im Kampf für einen freien und offenen Hochschulzugang für alle.

Die Hochschulvertretung der Studierenden an der Montanuniversität Leoben möge daher beschließen, dass:

- die ÖH Leoben Gespräche mit dem Rektorat aufnimmt, mit dem Ziel, dass die in der Novelle des Universitätsgesetzes vorgesehene Möglichkeit der Zugangsbeschränkungen für Master- und Doktoratsstudien, bei tatsächlicher Umsetzung dieser Novelle, keinesfalls an der Montanuniversität in Kraft tritt.